

Hochwasserschutz muss auch bei Extremwasser gelten 08.04.2020

HWS fragt: Müssen Niederrheiner systemrelevanten Bergbau dulden?

NIEDERRHEIN. Die Hochwasser- und Infrastruktur Schutz-Initiative am Niederrhein (HWS) lässt nicht locker und kämpft um unseren Lebensraum. Sie fordert nachhaltigen Schutz und will Schädigung des Eigentums durch die Folgen der Bergbautätigkeit (Kohle und Salzabbau) am Niederrhein verhindern.

Sprecher H.-Peter Feldmann ist empört: „Es kann nicht sein, dass wir Eigentumsschäden, Wertminderungen, Infrastruktur- und Überschwemmungsschäden durch das Bundes-Berg-Gesetz zu dulden haben.“ Und er fragt: „Was bewirken die Studien, Gesetze/Richtlinien (z. Bsp. Die EU-Hochwasser-Risiko-Management-Richtlinie) mit ihren Gefahren- und Risikoplänen, wenn sie nicht die Verpflichtung zur Vorsorge und Schadensverhinderung zum Ziel haben. Der Katastrophenschutz kann Hochwassergefahren nicht verhindern, schon gar nicht die Rettung von Menschen und Tieren sicherstellen.“

Feldmann erklärt: „Der ursprünglich potenziell überschwemmungsgefährdete Nie-



H.-Peter Feldmann am Hinweisschild über die Pegelstände in Wesel. Foto: privat

derrhein wurde bis zu 25 Meter durch bergbauliche Aktivitäten abgesenkt. Es drohen im so genannten deichgeschützten Hinterland Überstauhöhen von über zehn Meter. Ein natürlicher

Rückfluss in den Hauptstrom ist nicht möglich.“

Die Initiative fordert daher, Extremflüsse durch eine Teilableitung des Hauptstroms vor den Niederrheinmetropolen zu schaffen. Sie erinnert an die Jahrhunderte alte Forderung eine Rhein-Maas-Schelde-Wasserstraßenverbindung zu schaffen. „Ein schiffbarer Wasserweg zu den Benelux-Ländern und Nord-Frankreich integriert eine infrastrukturelle Aufwertung der Region nach Braunkohleleende. Er dient schadensverhindernd dem Überschwemmungsschutz für Rheinanlieger, Natur- und Umweltschutz, Entflechtung des Güterverkehrs sowie grenzüberschreitende Freizeitchancen.“, schreibt die Initiative in ihrem Plan, den sie an 26 Konzerne und Bürgermeister gesandt hat.

Sie fordert eine Machbarkeitsstudie und bittet um Unterstützung bei der Landes- und Bundesregierung für dieses Projekt. (Weitere Hintergrundinformation unter <https://nr-feldmann.de/wp-content/uploads/2020/02/BVWP-2030-Antrag-HWS-1.pdf>)